

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abzugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamzeile 35 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 44

Altensteig, Samstag den 21. Februar.

Jahrgang 1923

Hierzu das „Schwarzwälder Sonntagsblatt“ und die Beilage „Haus- und Landwirtschaft“.

Zur Lage.

Das politische Leben in Deutschland zeigt ein Bild höchster Spannung und Beweglichkeit, trotzdem die außenpolitischen Momente im Zusammenhang mit der Ueberreichung des Kontrollberichts in Paris noch nicht in amtliche Erscheinung getreten sind. Der grelle Gegensatz zu diesem politischen Hochbetrieb, der noch verschärft wird durch die Serie übler Standalaffären und Korruptionsercheinungen, tritt erst dann in Erscheinung, wenn man das öffentliche Leben in unsern Großstädten in Parallele stellt. Man feiert den Fasching wie seit Jahren nicht mehr und lebt nach der Devise: Freut euch des Lebens! Und dennoch drücken innen- und außenpolitische Sorgen gar mancherlei Art, so schwer, daß es gut sein wird, daß die Ernüchterung in die weitesten Kreise des deutschen Volkes zurückkehrt. Es könnte sonst ein schlimmes Erwachen am Ashermittwoch geben.

Gewiß besteht des Kanzlers Wort und Bergsteigerregel auf seiner Fahrt in den deutschen Osten nach Königsberg zu Recht: Daß man mit Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft blicken müsse, denn in all den Jahren der Nachkriegszeit sei trotz aller Not und Bedrängnis ein Vorwärtsschreiten in Deutschland zu verzeichnen gewesen. Diese ist an die bedrohte deutsche Ostmark gerichtet und soll der schwer heimgeführten Bevölkerung ein Lichtstrahl für die Zukunft sein, da sie von den Anschlägen Polens auf den deutschen Osten bedroht ist. Auch der englische Botschafter in Berlin hat in Hamburg anlässlich eines Festes der Handelskreise der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß Deutschland den Weg des Wiederaufstiegs gewinnen werde.

Daneben stehen freilich die Fragen des Westens, die von Paris aus gleich Orakelsprüche über Deutschland fallen. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in Paris sind ins Stocken geraten. Die mühselige Gebütsarbeit, mit Frankreich zu einem wirtschaftlich vernünftigen Zollabkommen zu gelangen, geht trotzdem weiter. Es wird aber noch lange dauern, denn zunächst wollen die Franzosen ein Protokoll. Der endgültige Handelsvertrag steht jedenfalls in ferner Sicht. Während Deutschland bemüht ist, den Warenaustausch wieder in Gang zu bringen, und auf der Grundlage der Weitzbegünstigung die gegenseitigen Zollsätze gewähren will, lebt man in Paris im Geiste des Siegers, des haßerfüllten Neiders, und möchte, wie im Versailles-Vertrag, noch für einige Jahre die einseitige Weitzbegünstigung verfügen, die am 10. Januar abgelaufen war. Darauf kann Deutschland nicht eingehen. Den Schaden dieser französischen Kurzsichtigkeit trägt die europäische Wirtschaft. Auch mit Belgien stöden die Verhandlungen. Solange die belgisch-luxemburgischen Unterhändler sich nicht zur grundsätzlichen Weitzbegünstigung bekennen, sind weitere Besprechungen nutzlos. Die Schlechthierstellung des deutschen Handels durch Zwischentaxen gegenüber andern Handelsvertragsstaaten kann Deutschland niemals akzeptieren.

Der Geist des Rechtes und der Gerechtigkeit fehlt im Westen. Dies wird mit jedem Tag deutlicher. Die französischen und belgischen Kriegesgerichte suchen sich gegenseitig zu übertrumpfen in der Beurteilung angeblicher deutscher Kriegsverbrechen. Die Atmosphäre des Hasses wird dadurch in der Bevölkerung noch erhalten und dient dem Chauvinismus und Militarismus der gegen Herriot anstürmenden Opposition. Wie lange wird Herriots Regierungsherrschaft noch dauern? Der sozialistische Parteitag in Grenoble hat so scharfe Kritik an seiner Politik geübt, wenn er auch später die weitere Stützung Herriots beschloß, daß schon ein kleiner Windhauch die französische Regierung stürzen und einem nationalistischen Kabinett Platz machen kann. Die Gefahren kommen vom Senat. Die Partei Herriots, die sich im Senat radikale und sozialradikale demokratische Linke nennt, zählt 158 von 313 Senatoren, hat also nur eine knappe Mehrheit. Außerdem ist die Disziplin dieser Gruppe brüchig. Wenn nun der Senat die Stelchung der von der Kammer beschlossenen Botschaft beim Vatikan berät, dürfte die Krise um Herriot da sein. Er hat den ganzen Alters und den Großteil der bürgerlichen Parteien gegen sich. Der Kulturkampf brennt den Parteien auf den Nägeln. Darum hat auch Herriot auf außenpolitischem Gebiet den Anhängern Poincaré und Millerand alle Konzessionen gemacht.

Die Verhandlungen um den Kontrollbericht, die in kommenden Woche in der Botschafterkonferenz beginnen und bereits zwischen London und Paris verdeckt geführt werden, zeigen deutlich die Richtung: England hat sich in der Kon-

trollfrage über Deutschland zum Gefangenen Frankreichs gemacht. Denn von Paris aus hat man die Sicherheits- und Räumungsfrage für das Rheinland zusammengeschnitten, so daß entgegen allen vertraglichen Bestimmungen in der Rechtsauffassung zwischen Paris und London Meinungsverschiedenheiten bestehen, die man auf politischem Gebiet durch allzubekanntes Tauschhändeln auszugleichen bemüht ist. Herriots innerpolitische Sorgen werden noch erhöht durch den Frankfurter und die Staatsberatung in der französischen Kammer. Die politischen Gegner Herriots erklären wohl, daß die Finanzlage Frankreichs gesichert sei, die Unsicherheit im Frankfurter läßt nur von der Politik Herriots her.

Wenn man der französischen Presse glauben darf, so enthält der Kontrollbericht der verbänderischen Kommissionen über Deutschlands Abrüstung in seinen Schlussfolgerungen die Feststellung, daß Deutschland sich sehr schwer verschuldet hat und daß man in Paris ein neues Diktat für Deutschland bewirken will, das die Vereimigung der Kontrolle, die Weiterbesetzung des Rheinlandes usw. herbeiführen soll. Die englische Anregung, mit deutschen Vertretern darüber zu verhandeln, wird bereits scharf zurückgewiesen. Ueberall stoßen wir also auf Frankreichs bösen Willen. In der Sicherheitsfrage ist es nicht anders. Die Anregung des deutschen Reichskanzlers zu Verhandlungen wurde glatt zur Seite geschoben. Herriot schweigt sich aus. Der Garantiepakt ist nur die Leimrute für die Völker der Welt und Deutschland soll darauf festgelegt werden. Die von Amerika geplante Abrüstungskonferenz für Karine hat ebenfalls einen Widerspruch Frankreichs hervorgerufen, weil man in Washington auch Deutschland einladen wollte. Paris protestiert dagegen.

Wie das entwaffnete Deutschland kontrolliert und ausgehändelt werden soll, darüber beraten die Mächtigen, schreiben Abrüstungskonferenzen aus und halten zahllose Reden vom Frieden und der Versöhnung der Völker. Gleichzeitig aber verdoppeln sie ihre Anstrengungen und machen ein heimliches Wettrennen. England hat seine Pläne über eine erhöhte Luft- und Flottenrüstung vorgelegt und wird sie durchführen, wenn auch noch so sehr die Schälmeien der Abrüstung erklingen. England geht dabei Hand in Hand mit Amerika.

Neue Gefahren für Deutschland drohen aus dem Osten. Rumänien und auch Südslawien haben Entschädigungsforderungen an Deutschland aus der Kriegszeit her gestellt, obwohl sie Teilnehmer des Versailles-Vertrags sind. Man hat ihre Ansprüche in Paris leinerzeit zu stark beschnitten, daß sie jetzt direkte Forderungen erheben. Deutschland will verhandeln. Aber die kleinen Teilnehmer des Raubvertrags drohen mit Repressalien, Beschlagnahme deutschen Eigentums und Unterbindung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Von den zahlreichen innerpolitischen Problemen sei nur herausgegriffen die Krise in der preussischen Regierung. Ministerpräsident Marx hat ein Kabinett der Weimarer Koalition eingerichtet mit dem vielumstrittenen Innenminister Severing (Soj.) Seine Regierungserklärung war matt und der Instanz der Opposition der Rechte groß.

Der Reichstag steht tief in der Staatsberatung. In Hessen ist die Kabinettsbildung nach wie vor ungelöst. Die Standalprojekte in Berlin, die zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse beschäftigen, nicht durchweg im Sinne einer sachlichen und gerichtlichen Klärung der betrüblichen Angelegenheit, stiften politische Verärgerung zwischen den Parteien. Der Tschelaprojekt in Leipzig und die Kommunistenverhaftungen in Cannstatt-Stuttgart haben eine erhöhte Tätigkeit der R.P.D. bewirkt. Sturm bläst über das politische Leben. Wenn ein reinigender Frühlingsturm wäre, der ins helle klare Jahr führen würde, wer würde es nicht begrüßen?

Die Steuerpläne der Reichsregierung

Berlin, 20. Febr. Das Reichsfinanzministerium veröf-

licht die Entwürfe der neuen Steuergeetze:

1. Steuerüberleitungsgeetz. Wegen der großen Verhältnisse, die 1924 in vielen Industrien entstanden sind, würde die regelmäßige Veranlagung für 1924 zu großen Ersparungen führen, die deshalb für die Haushalte des Reichs, der Länder und der Gemeinden nicht tragbar sein würden. Die Wirtschaftsjahre 1923 und 1924 reichen auch noch in die Inflationszeit hinein. Bei diesen Wirtschaftsjahren soll es deshalb bei den geleisteten Vorauszahlungen bleiben, eine Erhöhung, jedoch niemals eine Herabsetzung nur stattfinden, wenn die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträch-

tigt war. Bei Gewerbetreibenden, für die das Kalenderjahr maßgebend ist, wird das Vermögen am 31. Dezember 1922 verglichen. Ist es um 5 Prozent, mindestens aber um 20 000 RM. gestiegen, so tritt Erhöhung ein. Bei einem Vermögensrückgang von über 5 Prozent hat der Steuerpflichtige Anspruch auf Herabsetzung.

2. Einkommensteuer. Das Geetz über die Einkommensteuer erhielt eine ganz neue Fassung. Die Steuer beträgt für die ersten 8000 M 10 Prozent, für die weiteren 8000 M 20 Prozent, für die weiteren 24 000 M 25 Prozent, für die weiteren 50 000 M 30 Prozent und für die weiteren Beträge 35 Prozent, mit der Maßgabe, daß die Steuer ein Drittel des Gesamteinkommens nicht übersteigen darf. Der Satz von 10 Prozent für die ersten 8000 M ermäßigt sich für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder um je 1 Prozent. Durch Abzug steuerfreier Beträge wird die Steuer in den unteren Stufen weiter gesenkt. Deutsche und Nichtdeutsche werden grundsätzlich gleichgestellt. Eine persönliche Steuerpflicht wird nur begründet durch Wohnsitz oder Aufenthalt von mehr als sechs Monaten. Die zweijährige Fortdauer der Steuerpflicht nach Wegzug ist aufgehoben. Für Auslandsdeutsche, die nach Deutschland zurückkehren, sind Ermäßigungen zugelassen. Der Einkommensbegriff ist organisch neu aufgebaut. Die Einkünfte, die der Besteuerung unterliegen, werden genau aufgezählt. Damit werden Zweifel für die Steuerpflichtigen und die Veranlagungsbehörden ausgeschlossen. Spiel- und Lotteriegewinne, die bisher als „Sonstige Einnahmen“ steuerpflichtig waren, sind frei. Für Spekulationsgewinne wird die Steuerpflicht lediglich von der Dauer des Besesses abhängig gemacht. Nur wenn die Besitzdauer bei Wertpapieren weniger als ein Jahr und bei Grundstücken weniger als zwei Jahre beträgt, werden die erzielten Gewinne herangezogen. Maßgebend für die Veranlagung ist das Kalenderjahr oder ein abweichendes Wirtschaftsjahr, bei Landwirten stets das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni. Für Fälle, worin das Einkommen in einem offensibaren Mißverhältnis zum Verbrauch steht, ist eine Besteuerung des Verbrauchs an Stelle des Einkommens vorgesehen. Sie darf aber nur stattfinden, wenn der Verbrauch mindestens 8000 M beträgt. Die Verbrauchbesteuerung ist auch durch Zulassung wesentlicher Abzüge eingeschränkt. — Der Steuerabzug vom Arbeitslohn bleibt in der Weise bestehen, wie er durch die zweite Steuernotverordnung und die zweite Steuermildernungsverordnung geregelt ist. Kinderreiche Familien werden dadurch besonders berücksichtigt, daß die Ermäßigung für das vierte und jedes weitere Kind je 2 Prozent, statt je 1 Prozent beträgt. Der Steuerabzug vom Kapitalertrag wird auf die veranlagte Einkommensteuer angerechnet.

3. Körperschaftsteuer. Der Entwurf des neuen Körperschaftsteuergeetzes beseitigt vor allem das bisherige Steuerprivileg für die werbenden Betriebe öffentlicher Körperschaften, Betriebe und Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sollen künftig steuerpflichtig sein, sofern sie weder der Ausübung der öffentlichen Gewalt, noch kirchlichen Zwecken, noch gemeinnützigen noch mildtätigen Zwecken dienen. Künftig beträgt die Steuer der Erwerbsgesellschaften und öffentlich werbenden Betrieben 20 Prozent vom Gesamteinkommen. Außerdem werden von den ausgeschütteten Gewinnen 10 Prozent gekürzt, die aber voll auf die Einkommensteuer der Gesellschafter angerechnet werden. Bei Gesellschaftern einer G. m. b. H. sollen Gewinnanteile bis zur Höhe von 8000 M steuerfrei bleiben, wenn das Einkommen des Gesellschafters nicht mehr als 25 000 M beträgt.

4. Reichsbewertungsgeetz. Der Entwurf verfolgt zwei Ziele. Einmal will er die Länder an der Bewertung des Vermögens für die Vermögenssteuer beteiligen, um die Verwertung der Erfahrungen und Unterlagen, die die Länder in dieser Hinsicht haben, zu sichern und damit zugleich einem alten Wunsche der Länder zu entsprechen. Ferner soll durch den Entwurf eine einheitliche Bewertung der landwirtschaftlichen Betriebe, der städtischen Grundstücke und der gewerblichen Betriebe für die Vermögenssteuer des Reichs sowie für die Grund- und Gewerbesteuer der Länder und der Gemeinden gesichert werden. Dementsprechend sind die Bewertungsbehörden zusammengesetzt. Der Einheitswert für landwirtschaftliche Betriebe und städtische Grundstücke wird durch den Grundwertauschuss festgesetzt. Dieser besteht aus dem Finanzamtsleiter als Vorsitzenden, einem Landesbeamten als stellvertretenden Vorsitzenden und Gemeindebeamten sowie einer Anzahl von Laienmitgliedern. Gegen die Feststellung durch den Grundwertauschuss ist eine Berufung an den Oberbewertungsausschuss

zufällig. Die Kammer des Oberbewertungsausschusses entscheidet wie die eines Finanzgerichts in der Befehung von 5 Mitgliedern, wovon 2 Beamte und 3 Laienmitglieder sind. Gegen die Entscheidung des Oberbewertungsausschusses ist Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof zulässig. Behnlich ist die Zusammensetzung der Behörden, die für die Bewertung gewerblicher Betriebe zuständig sind. Für die Bewertung landwirtschaftlicher Betriebe gilt grundsätzlich der Ertragswert, für bebauten ländliche Grundstücke und ebenfalls für Bauland der gemeine Wert. Für Grundstücke, die der Zwangsbewertung unterliegen, sollen besondere Uebergangsbestimmungen getroffen werden. Das Betriebsvermögen wird mit dem gemeinen Wert am 31. Dezember oder an dem von diesem abweichenden Abschlussstag bewertet. Die zum Betriebsvermögen gehörigen Grundstücke werden in gleicher Weise bewertet wie Grundstücke, die nicht zu einem gewerblichen Betriebe gehören. Mit welchem Kapitalisierungsfaktor der Reinertrag zur Ermittlung des Ertragswertes landwirtschaftlicher Betriebe und ländlicher Grundstücke zu veranschlagen ist, soll für die Uebergangszeit von Jahr zu Jahr bestimmt werden.

5. Gesetz über die Vermögens- und Erbschaftsteuer. a) Vermögenssteuer. Für den Begriff und die Bewertung des Vermögens gelten die Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes. Hinsichtlich der persönlichen Steuerpflicht schließt sich der Entwurf an die persönliche Einkommen- und Körperschaftsteuerpflicht. Eine Abweichung gilt nur für die offenen Handelsgesellschaften. Hier soll künftig statt der Gesellschafter die Gesellschaft selbst steuerpflichtig sein. Der Tarif ist im Gegensatz zu früheren Vermögenssteuern nicht progressiv gestaffelt, sondern beträgt einheitlich 5 pro Mille. Nur bei kleineren Vermögen findet wie im letzten Jahre eine Degression bis auf 3 pro Mille statt. Die Freigrenze beträgt, wie bereits bei der Vermögenssteuer für 1924, 5000 Rentenmark. Für kinderreiche Familien sowie für Kleinrentner ist unter gewisser Voraussetzung eine Erhöhung der Freigrenze vorgesehen. Der Entwurf findet erstmalig auf die Vermögenssteuer des Kalenderjahres 1925 Anwendung. — b) Erbschaftsteuer. Für die Bewertung sollen die Grundzüge des Reichsbewertungsgesetzes maßgebend sein. Der Entwurf erweitert die bereits in beschränktem Umfang bestehende Besteuerung des Gattenerbes insofern, als künftig eine Besteuerung der Ehegatten dann eintritt, wenn der Erblasser keine Abkömmlinge hinterläßt. Der Tarif wird für Erwerbe über 1 Million Rentenmark hinaus dergestalt ausgebaut, daß der in Aussicht genommene Höchststeuerfuß von 15 Prozent bei Anfällen an Ehegatten und Kinder, von 25 Prozent bei Anfällen an Enkel, von 40 Prozent bei Anfällen an Eltern und Geschwister und von 50 Prozent bei Anfällen an weitere Verwandte erst bei Einzelwerbungen von mehr als 10 Millionen Rentenmark Anwendung findet. Für Anfälle an Nichtverwandte beträgt der Höchststeuerfuß 60 Prozent anstatt bisher 70 Prozent. Die Neuordnung soll mit Wirkung vom 1. Januar 1925 in Kraft treten.

6. Gesetz über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Der Entwurf geht über das noch geltende Reichsbesteuerungsgesetz hinaus. Hierher gehören insbesondere dem Reich, den Ländern oder den Gemeinden und Gemeindeverbänden gehörige Gas-, Wasser-, Kraft- und Elektrizitätswerke, Verkehrsunternehmungen, Bergwerke, Banken usw. In Verfolg seines Grundgedankens unterwirft der Entwurf das Reich mit seinen Körperschaftssteuer- und vermögenssteuerpflichtigen Betrieben und Verwaltungen auch den Landes- und Gemeindeverwaltungen vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb. Der Entwurf hebt die Umsatzsteuerbefreiung des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände in Bezug auf ihre Schlachthöfe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auf. Nach dem Reichsbahngesetz vom 30. 8. 1924 kann die Reichsbahngesellschaft nur zu solchen direkten Steuern herangezogen werden, denen das Unternehmen „Deutsche Reichsbahn“ am 12. Febr. 1924 unterlag.

7. Gesetz zur Änderung der Verkehrssteuern und des Verkehrs. a) Gesellschaftssteuer. Der Normalfuß der Gesellschaftssteuer, die insbesondere bei der Gründung und der Kapitalerhöhung von Gesellschaften erhoben wird, soll von 5 auf 4 Prozent gesenkt werden. Die ermäßigte Gesellschaftssteuer bei der Verschmelzung von Aktiengesellschaften und Fusionen wird von 2½ auf 2 Prozent herabgesetzt. Lieferungen und Leistungen, die der Gesellschaftssteuer oder der Ausschüttungssteuer unterliegen, werden von der Umsatzsteuer befreit. b) Wertpapiersteuer. Die Wertpapiersteuer für die Ausgabe von Industriebeteiligungen wird von 3 Prozent auf den Friedensfuß von 2 Prozent herabgesetzt. Wertpapiersteuer für ausländische Aktien wird von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt. c) Börsenumsatzsteuer. Die Börsenumsatzsteuer für Umsätze von Aktien wird bei Kundengeschäften von 0,2 auf 0,1 Prozent herabgesetzt. Die erhöhte Steuer für Geschäfte zwischen Nichtbankiers wird beseitigt. Die Herabsetzung der Steuer bei Geschäften mit dem Auslande auf die Hälfte wird wieder hergestellt. d) Grunderwerbsteuer. Die Grunderwerbsteuer wird von 4 auf 3 Prozent herabgesetzt. Die Zuschläge der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sollen fortfallen, wenn bei der Gründung oder der Kapitalerhöhung einer Kapitalgesellschaft Grundstücke gegen die Gewährung von Gesellschaftsrechten eingebracht werden und ohnehin von dem Rechtsvorgang neben der Grunderwerbsteuer die Gesellschaftssteuer erhoben wird. e) Wechselsteuer. Die Wechselsteuer wird von 10 auf ein Zehntel Prozent herabgesetzt.

Bestellungen auf unsere Zeitung

nehmen alle Postboten, Briefträger, Agenten und Ausreiter unserer Zeitung für den März entgegen.

Rücktritt des Preußenkabinetts.

Berlin, 20. Febr. Bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien im preussischen Landtag wurden abgegeben 439 Stimmen. Mit Ja stimmten 218, mit Nein 221. Damit ist der Vertrauensantrag abgelehnt. Ministerpräsident Marx erklärte darauf im Namen des gesamten Kabinetts die Demission des Kabinetts.

Deutscher Reichstag

Berlin, 20. Febr.

Der Reichstag genehmigte am Freitag einen Zusatzantrag zu dem am 1. November 1920 abgeschlossenen deutsch-österreichischen Handelsabkommen. Außenminister Dr. Stresemann erklärte: Trotz aller Hemmungen der Verträge von Versailles und St. Germain sind wir entschlossen, alles zu tun, um die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich so innig wie nur irgend möglich zu gestalten. Wenn deshalb der vorliegende Vertrag auch nur den Charakter eines Provisoriums trägt, und er auch Deutschland weniger Vorteile bringt als Oesterreich, so haben wir ihm dennoch zugestimmt, um möglichst der erste Staat zu sein, der mit seinem deutschen Nachbarstaat einen solchen Vertrag abschließt.

Der Vertrag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten endgültig angenommen, ebenso die Vorlage zur Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens mit Portugal.

Auf der Tagesordnung steht dann die Denkschrift über die Ruhrtribute.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieffen leitet die Beratung mit der Erklärung ein, die Regierung erkenne an, daß bei den Ruhrtributen eine Staatsüberschreitung vorliegt, und sie erbittet dafür Indemnität.

Abg. Dr. Herx (Soz.) begründet den Antrag seiner Freunde, auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Hergabe der Millionenentschädigung an die Ruhrindustrie. Die Denkschrift der Regierung schaffe keine befriedigende Aufklärung.

Abg. Dr. Cremer (D.D.P.) gibt für die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftl. Vereinigung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die unterzeichneten Fraktionen seien überzeugt, daß die Reichsregierung bei dem Ertrag der Reparationskäse gehandelt habe unter dem Druck der Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren. Sie seien gleichwohl für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, damit öffentlich festgestellt werde, daß die Maßnahmen der Regierung durch zwingende Verhältnisse geboten waren.

Reichsanzler Dr. Luther von der Linken mit Unruhe empfangen, nimmt darauf das Wort. Der Kanzler erklärt, es klinge immer wieder so, als ob es sich nur um Kredite an die Ruhrhöhlen- und andere Großfirmen handle. Aus der Denkschrift ergibt sich, daß es sich bei den 700 Millionen um die Gesamtbeträge handelt, die an Entschädigungen im besetzten Gebiet bezahlt worden sind. Die Zahl der Empfänger dieser Entschädigungen umfaßt 400 (Hört! Hört!). Es handelt sich einfach um den Ertrag der durch die Gewaltmaßnahmen der Besetzung den Bewohnern des besetzten Gebiets verursachten Schäden. Das Reich mußte, sobald es dazu im Stande war, diese Leistungen erstaten. Der springende Punkt war doch, die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet zu verhüten und das Wirtschaftsleben im Gange zu halten.

Auf verschiedene Zwischenrufe von Links erklärt der Kanzler sehr erregt, sowohl, die Reichsregierung hat es damals auf sich genommen, das deutsche Volk durch die furchtbaren Verhältnisse hindurchzuführen. Will man der Regierung vorwerfen, daß es ihr nicht gelungen ist, im Laufe des Jahres die Reichsfinanzen zu sanieren? Auch der preussische Handelsminister Siering habe in einem Gutachten gesagt, daß die Ruhrindustrie, ihre tatsächlichen Aufwendungen ohne den Zinsverlust nicht gedeckt bekommen habe. Der Kanzler stellt für die Finanzverwaltung fest, daß nur Zahlungen geleistet worden sind, zu deren Leistung nicht nur eine juristische, sondern auch politische Verpflichtung bestanden. Die Regierung sei bereit, im Ausschuss über jede Einzelheit Auskunft zu geben und begrüßt jede rechenerische Nachprüfung. Es sei eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn behauptet werde, daß die Zahlungen nur an einen Teil der Bevölkerung gegangen seien. (Beifall und Händelatschen rechts.)

Abg. Frau Gohlle (Komm.) bezeichnet es als einen Schwindel, den Reichstag als eine Volksvertretung zu bezeichnen.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 20. Febr. Der Landtag nahm am Freitag den Antrag Dr. Höllcher (D.P.), wonach Ärzten die sich der Lohnabtreibung schuldig machen, die Approbation entzogen wird und den Antrag des Ausschusses, für die Wiederinstandsetzung der verbesserungsbedürftigen Straßen und zur Herstellung von Gehwegen zum Schutz gegen die Gefährdung durch Kraftfahrzeuge größere Summen in den nächsten Haushaltsplan einzulassen und hierzu die aus der Kraftfahrzeugsteuer fließenden Mittel mehr als bisher zu diesem Zweck zu verwenden, die Vorlage des Entwurfs eines zeitgemäßen Weggesetzes in tunsächter Fälle zu veranlassen, den Antrag Dr. Schermann auf Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, den Antrag Dr. Schumacher auf Uebernahme der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene durch das Reich sowie auf ausreichende finanzielle Unterstützung der Fürsorgeanstalten, endlich den Antrag Kühle (Z.) betr. Hilfskassen für Fürsorgebedürftige an. Der Antrag Pfand (D.) auf Vorlegung eines Hebammengesetzes wurde an den Verwaltungsausschuss überwiesen.

Damit war der Etat des Ministeriums des Innern erledigt und man begann die Beratung des Etats der Finanzverwaltung. Angenommen wurde der Ausschussantrag auf Gewährung von Zuschüssen an die Referendare sowie der Ausschussantrag, bei der Reichsregierung mit Nachdruck auf die Wiedereinführung der Ortssteuerämter hinzuwirken. Außerdem wurde ein Antrag Winter (S.) angenommen, mit allem Nachdruck der Absicht der Reichsregierung entgegenzutreten, das Besoldungssperregesetz über den 31. März hinaus zu verlängern, ferner ein Antrag Dr. Schermann (Z.), den Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues Bau- und aus staatlichem Besitz unter Sicherung gegen Weiterveräußerung mit Spekulationsgewinn zu möglichst günstigen Bedingungen abzugeben. Schließlich kam es noch zu einer kurzen Erörterung über die Aufwertungsfrage. Finanzminister Dr. Dehlinger bemerkte dabei, daß durch die Uebertragung der württ. Eisenbahnen an das Reich, die Rechte der württ. Staatsgläubiger nicht geschmälert würden. Staatspräsident Bazille teilte mit, bei der Besprechung mit dem Reichsanzler habe die württ. Regierung den Standpunkt vertreten, daß es im Augenblick nicht möglich sei, die Aufwertungsfrage für alle Zeiten zu lösen. Zunächst sollte man die öffentlichen Anleihen aufrufen, den Spekulationsgewinn ausschneiden und die Restsummen verzinsen. Der Projekt könne sich von Jahr zu Jahr ändern. Auf die Dauer könne die Gerechtigkeit nicht unterdrückt werden.

In der Nachmittags-Sitzung des Landtags am Donnerstag erklärte der Minister des Innern Belj auf die Kritik des Abg. Schumacher (S.) der eine Reihe von Anträgen für die Neuordnung des Fürsorgewesens gestellt hatte, daß es nicht zweckmäßig sei, an den eigenen Verordnungen im einzelnen ständig herumzutrottelieren. Der Minister bedauerte, daß in Württemberg das Fürsorgewesen zwei Ministerien unterstellt ist, fügte jedoch hinzu, daß diese Frage durch den kommenden Gesetzentwurf über die Zuständigkeit der Ministerien geregelt werde. Es sei in Württemberg geschicklich festgelegt, daß der Staat von den sachlichen Fürsorgekosten 25 Prozent trage. Beim Kap. Straßen- und Wasserbau bemerkte der Minister zur Donauverfälscherungsfrage, aus einer Rede des bad. Finanzministers müsse er entnehmen, daß die Verhandlungen ins Stocken geraten bzw. abgebrochen seien. Das werde ihm Veranlassung zu eingehender Stellungnahme bieten. Zuor müsse aber das weitere Vorgehen im Staatsministerium besprochen werden, worauf er im Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft Mitteilung machen werde. Ministerialrat Euting besprach die Schädigungen der Straßen durch den Kraftwagenverkehr. Es werde sich nicht umgehen lassen, Automobilstraßen zu bauen, und zwar durch ganz Deutschland. Auf Württemberg werde ein Straßennetz von 1300 Kilometern kommen. Ortsfahnen mit engen Straßen müßten dabei umgangen, die Straßen selbst befestigt und erweitert werden. Die Kosten für diesen Ausbau würden für Württemberg etwa 100 Millionen betragen, die auf 10 bis 15 Jahre zu verteilen und durch Steuern auf die Kraftfahrzeuge aufzubringen wären. Dabei dürfe man die übrigen Straßen nicht vernachlässigen. Diese Kosten seien zwar hoch, würden sich indessen rentieren. Der kommenden Entwicklung des Kraftfahrzeugwesens könne man mit Vertrauen entgegengehen.

Stuttgart, 20. Febr. Der Finanzausschuss nahm zur Pfarrbesoldung Stellung. Der Gesamtbedarf der evangelischen Kirche beträgt 6 164 070 M., die Staatsleistung für die Grundbesitzer der evangelischen Pfarren 4 631 000 M. jährlich, die Staatsleistung für die Gehalte der katholischen Pfarrer 2 643 000 M. Der Nachtragsetat erfordert einen Zuschuß von 274 730 M. auf evangelischer, 132 930 M. auf katholischer Seite nebst 834 M. für die israelitische Zentralkasse. Diese Berechnungen für 1925 sind nur vorläufige und so ist mit einem Nachtragsetat zu rechnen. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, solange noch keine klaren Zahlenverhältnisse für den Einzug der Kirchensteuern beständen, worüber noch einige Jahre ins Land gehen würden, sei es nicht die Pflicht des Staates den dringenden Bedürfnissen der Kirchen gerecht zu werden. Die Etatskapitel betr. die Pfarrbesoldung wurde nebst dem Nachtragsetat genehmigt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 22. Februar 1925.

Keine Ausnahme in die Lehrerseminare. Angesichts der großen Zahl von unverwendeten Lehramtsbewerbern und Lehramtsbewerberinnen muß im Jahre 1925 von einer Neuaufnahme von Schülern und Schülerinnen in die Lehrer- und Lehrerinnenseminare abgesehen werden.

Egenhausen, 20. Februar. Mit dem heutigen Tage nimmt hier ein 6wöchiger Kochkurs sein Ende. Veranlaßt durch den landw. Orts- und Bezirksverein wurde hierzu durch Vermittlung des landwirtschaftlichen Hauptverbands in Stuttgart Frau Eise Leppoldt, Hauswirtschaftslehrerin aus Ludwigsburg genommen. In entgegenkommender Weise stellte Herr Oshenwirt Gänfle die erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung. 19 Mädchen von hier und Spielberg übten sich unter zielbewusster Leitung in der edlen Kochkunst. Am Sonntag, den 8. Februar wurde ein Herneffen veranstaltet, wozu sich eine stattliche Zahl hiesiger und auswärtiger Herren, sowie auch Herr Oberamtmann Wättinger einstellte. Manches und mancherlei gab es zu kosten, was dem Kochkurs und dessen Leitung alle Ehre machte, wie aus den verschiedenen Ansprachen zu entnehmen war. Ein ebenso gutes Zeugnis für die Leistungen der verehrlichen Köchinnen gab der Kaffeetrank für Frauen, der am Donnerstag Nachmittag stattfand. Der umsichtigen Leiterin, Frä. Leppoldt, sowie den strebsamen Kursteilnehmerinnen, sei an dieser Stelle für beide Veranstaltungen herzlich gedankt. Es wäre zu wünschen, daß derartige Kochkurse auch in anderen Gemeinden Nachahmung finden würden.



Waltersbrunn, 19. Febr. (Tödlicher Unglücksfall.) Am Mittwoch verunglückte durch einen fallenden Felsblock der Arbeiter Gottlieb Züfle von Lonzach bei Bahnarbeiten im Baugelände der Schwarzenbachstalsperre. Nach einer Stunde erlag er den schweren Verletzungen. Der 30 jährige Mann hinterläßt eine Familie mit sieben unmündigen Kindern, wovon das jüngste erst wenige Wochen alt ist.

Reutlingen, 20. Febr. (Unglücksfall mit Todesfolge.) Beim Straßenübergang über das Zinkwerksgleis bei der Maschinenfabrik Wagner, geriet der 38 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Christian Neuhing, gebürtig aus Bernloch, unter einen Eisenbahnwagen. Es wurden ihm ein Fuß und ein Arm abgefahren; außerdem erlitt er einen schweren Schädelbruch, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Tafel Reichenau, 20. Febr. (Erholungsheim.) Der Württ. Lehrerverein hat das Erholungsheim Reichenau erworben, um es als Lehrer-Heim für seine Mitglieder zu Erholungs- und Kurzwecken zu benützen. Der Kaufpreis beträgt ca. 30000 Mark.

Stuttgart, 20. Febr. (Von der Straßenbahn getötet.) Beim Katharinenstift wollte ein Mann vor einem Straßenbahnwagen die Straße überqueren. Er wurde vom Motorwagen erfaßt, kam unter die Räder, wurde mehrere Meter weit geschleift und war sofort tot. Der Getötete ist der 37 Jahre alte Mechaniker Konrad Funt.

Ullingen, 20. Febr. (Wohnungsbauten.) Der Gemeinderat faßte den Beschluß, durch die Stadt rund 10 Wohnungen durch Neubauten zu errichten und privaten Bauleistungen soweit wie möglich Bauland zu gewähren.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick

Unlähre Effektenbörsen. — Französische Stützungsaktion für den Franken. — Haufe am Papierholzmärkte.

Börse. Auch in dieser Woche verkehrte die Börse lustlos. Der Hauptgrund für die Kursrückgänge ist der Mangel an Aufträgen, da es vollständig an Interessenten fehlt, die vor allem durch die täglich neuen Enthüllungen in den Finanzaffären beunruhigt wurden. Weniger erfreulich lauten auch die Nachrichten über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Der neue Konflikt mit Rumänien trug weiter zur Verstimmung bei. Das Ausland hält sich nach wie vor zurück. Die Spekulation richtet sich, belehrt durch die Erfahrungen im Januar, bereits auf die Ultimo-Abwicklung für Ende Februar ein. Sie sah sich daher genötigt, ihr Engagement abzubauen und zu Realisationen zu schreiten. Das Börsengeld ist zwar reichlich angeboten, blieb aber im Ueberstand, da es nur von einem Tag zum andern offen war und so eine unsichere Grundlage für das Geschäft an der Börse bot. Auch der Anleihemarkt war stark unsicher und hatte Rückschläge zu verzeichnen, da die Verschleppung in der Auswertungsfrage verstimmt.

Geldmarkt. Der Geldmarkt war nach wie vor flüssig. Tägliches Geld war zu 9—11 Prozent zu haben, während aber Geld für längere Termine knapp zu werden beginnt, was bereits in einem Anleihen der Säge zum Ausdruck kommt. Monatsgeld stellte sich auf 11 bis 14 Prozent und war besonders auf Ultimo stark gesucht. Die Lage der Reichsbank verbesserte sich zusehends und kann eine Verhäufung ihres Goldbestandes und eine Vermehrung der Golddeckung aufweisen. Der Goldbestand stieg um 10,8 auf 844,8 Millionen Mark. Die Notendeckung beträgt durch Gold allein 45,9 Prozent, durch Gold und Devisen zusammen 61,2 Prozent. Die Ausleihungen der Reichsbank haben in dieser Woche beträchtlich abgenommen, was mit der Räumung des Börsenmarktes zusammenhängt. Die Reicheinahmen betragen im Januar sogar 768 Millionen gegenüber 390 Millionen Mark im Dezember. Bei aller Besserung unserer Finanzlage ist aber die Kreditkrise keineswegs überwunden.

Produktenmarkt. Der Rückgang der Preise auf den Produktenmärkten ist zum Stillstand gekommen. Die Stimmung an den Getreidebörsen ist gegenüber der Vormoche freundlicher und fester geworden, doch ist zu den etwas erhöhten Preisen wenig Geschäft. In der Stuttgarter Landesproduktionsbörse blieben Heu und Stroh mit 8 bezw. 5,5 M pro Doppelzentner unverändert. In der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 256, Roggen 253, Sommergerste 270, Winter- und Futtergerste 240, Hafer 195 M je pro Tonne und Mehl 36,75 Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Der Barometer für den Stand der deutschen Warenmärkte, die Großhandelsindexziffer, ist von 136,7 um 0,5 Prozent schwach auf 136 zurückgegangen, ist also im wesentlichen gleichgeblieben. Auch die Indexziffer für Lebenshaltungskosten ist mit 124,8 gegenüber 125 kaum verändert. Der Textilgroßhandel findet für seine fertigen Winterbekleidungsstücke infolge der milden Witterung geringen Absatz. Auf dem Markt für Rohbaumwolle war die Tendenz fest, während auf dem Wolkmärkte flau Stimmung herrschte.

Am Devisenmarkt war der französische Franken in den letzten Tagen starken Schwankungen unterworfen. London gegen Paris legte anfangs der Woche auf Interventionen der Bank von Frankreich mit 89,75 ein und stieg dann auf 10,20. Ausgesprochen flau lag international London, vermutlich in Verbindung mit der Interventionstätigkeit der Bank von Frankreich, die zur Stützung des Frankenkurses Pfunde auf den Markt warf. Die Anforderungen an Devisen an die Reichsbank waren wieder etwas geringer. Die Devisen Barafre wurde diese Woche nicht notiert, mit Rücksicht auf die Unklarheiten, die bezüglich der Behandlung der deutschen Vermögen in Rumänien bestehen.

Am Zeitmarkt ist eine Stagnation eingetreten, welche durch den Großhandel noch verschärft wird, da dieser zu billigen Preisen abgibt. Insbesondere ist im Margarinegeschäft eine Krise zu verzeichnen, verursacht durch die Ueberproduktion der Deutschen und namentlich infolge der neuerdings scharfen Konkurrenz der holländischen großen Margarinefabriken, welche bekanntlich auf deutschen Boden vornehmlich an der deutsch-holländischen Grenze sehr leistungsfähige Fabriken besitzen und welche auch die deutsche Rohstoffversorgung für die Margarinefabrikation zu einem erheblichen Prozentsatz in der Hand haben. Die Auswirkung der Krise zeigt sich bereits in der Liquidation oder in der Zahlungsseinstellung einer Reihe von in der Inflationszeit gegründeten Margarinefabriken.

Am Rohhautmarkt halten die Preisabschwächungen an und das Geschäft liegt infolgedessen sehr ruhig. Die Preisrückgänge seit den Januarversteigerungen bewegen sich zwischen 5 und 15 Proz. Die eben in Karlsruhe abgehaltene bodische Versteigerung ergab folgende Preise: leichte Däshäute 95,50, schwere 84,50—88,75, leichte Rindshäute 95,50, schwere 105,25, leichte Kuhhäute 95,50, schwere 97, leichte Ziegenhäute 95,50, schwere 75—79,25.

Handel und Verkehr

Börse

Berliner Börse, 20. Febr. Die Börse war heute etwas freundlicher gestimmt. Das neue Steuerproblem für 1925 wurde von der Börse nicht ungunstig beurteilt, da die Ermäßigung der Einkommen und der Körperschaft im Steuerreformgesetz ungefähr den 20 Proz. der Börse ausgleichen.

Stuttgarter Börse, 20. Febr. Die Tendenz war behauptet, zum Teil etwas fester. Wenn auch die Geschäftslage noch andiel und die Umsatzfähigkeit recht gering war, so kam doch die Abkühlung zum Stillstand.

Wein

Weinversteigerungen. Bentelebach: Bei der letzten Weinversteigerung, die von Bieren aus beinahe war, wurden folgende Preise erzielt: 100ter Rotwein 201 Mark, Schiller 110—120 M. — Gieselsbach: 100er wurden für Rotwein 100—114 M., für Riesling 100—111 M., Weißwein 90—1000 M. Da die Weine von sehr guter Qualität waren, wurde fast alles verkauft.

Märkte

Schweinepreise. In Biberach fehlten Käufer 25—70, Milchschweine 15—25 M. in Wonnau 1. H. derfel 25—31 M. in Vauheim ein Paar schlamm 200, Käufer 44—56, Saugschweine 29—30 M, je das St.

Holz.
* **Ebershardt, 18. Febr.** (Holzerlöse.) Beim heutigen Langholzverkauf wurden erzielt: Für Los 1 146,5, Los 2 143 und Los 3 144 Prozent, somit ein Gesamtdurchschnittserlös von 145 Prozent. Käufer ist Sägewerksbesitzer Wilt, Luginsland von Nödingen O.V. Herrenberg.

Markt-Verbot.
* **Herrenberg, 20. Febr.** Der am 24. Febr. ds. J. in Herrenberg fällige Krämer-, Vieh- und Schweinemarkt kann aus leuchtenpolizeilichen Gründen nicht abgehalten werden.

Letzte Nachrichten.

Nachträgliches zur Abstimmung im preussischen Landtag.
WTB. Berlin, 21. Febr. Bei der gestrigen Abstimmung im preussischen Landtag fehlten, den Blättern zufolge, vom Zentrum 6 Abgeordnete. Zwei sind seit längerer Zeit erkrankt und zwar die Abgeordneten Eisemann und Krug. Zwei weitere Abgeordnete, die als landwirtschaftliche Vertreter bezeichnet werden, Köhling und Baumann, haben sich kurz vor der Abstimmung krank gemeldet. Außerdem fehlten die Abgeordneten von Papen und Loenarz, die von der Zentrumsfraktion zur Mandatsniederlegung aufgefordert wurden.

Berlin, 21. Februar. Auf die Frage, was nach dem Sturz des preussischen Kabinetts Marx werden soll, gibt die deutschnationale Presse die Antwort, daß eigentlich nur die Auflösung des Landtags übrig bleibe.

Amerika und der sinkende Franken.
WTB. London, 20. Februar. Nach einer Meldung einer Nachrichtenagentur aus Washington, wird dort amtlich in Abrede gestellt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Frankreich zur Stabilisierung seiner Währung eine Anleihe von 20 Millionen Pfund in Aussicht gestellt habe. Dieses Dementi ist, Neuter zufolge, die Antwort auf die Erklärung Clementels in der französischen Kammer.

Die Reorganisation des griechischen Heeres durch eine französische Militärkommission.
WTB. Paris, 20. Febr. Havas meldet aus Athen: Hier ist gestern ein Abkommen unterzeichnet worden, durch das eine französische Militärkommission unter der Leitung von General Girard steht, sich nunmehr mit der Reorganisation des griechischen Heeres beschäftigen wird.

Ein Bergwerksunglück in Indiana.
WTB. Sullivan (Indiana), 21. Febr. In einem Bergwerk wurden wahrscheinlich durch die Explosion von Grubengas 35 Bergleute verschüttet, von denen bereits 2 als Leichen und 3 weitere schwer verletzt geborgen wurden. Es besteht wenig Hoffnung auf Rettung der übrigen.

Der Zeppelin „Los Angeles“ startete nach Bermuda.
WTB. Lakehurst, 21. Febr. Der Zeppelin „Los Angeles“ startete gestern Nachmittag zu einem Flug nach Bermuda. An Bord befindet sich die erste Ladung Post für auswärtige Häfen, die am 21. in Bermuda fällig ist.

Einem Teil der heutigen Auflage unseres Blattes liegt die Schrift „Praktische Winke“ der Schwarzwalddrogerie Frh. Schumberger Altensteig bei.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut, Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Nur 4 Pfennig
kostet

MAGGI® Fleischbrühwürfel

Einfach mit kochendem Wasser übergossen, ergibt der Würfel feine Fleischbrühe zum Trinken u. Kochen

Achtung auf den Namen MAGGI und die rot-gelbe Packung.



Altensteig-Stadt.

Die Steuerbüchlein

wollen zur Eintragung der Grund-, Gebäude- etc. Steuer-schuldigkeit sofort bei der Stadtpflege oder dem Stadtschultheißenamt abgegeben werden.

Bis 25. ds. Mts. nicht abgegebene Steuerbüchlein werden gegen Ganggebühr abgeholt.

Stadtpflege: Pfizenmaier.



Altensteig.

Bringe mein Lager in strichfertigen Farben, Lacke und Oele

in empfehlende Erinnerung.

Chr. Kirn, Malermeister.



Altensteig.

Büffelbeize

empfiehlt

Lorenz Lu jr.

Garrweiler.

Einige Festmeter

Sägholz

auf der Kohlmühle loernd, hat zu verkaufen am Montag, den 23. Februar, nachmittags 2 Uhr. Event. kann das Holz dort auch gefägt werden.

Friedrich Waidelich.

Verloren

ging eine blaue Pferde-decke in hiesiger Stadt.

Nachricht an die Geschäftst. ds. Bl. erbeten.

Praktische Frauen kaufen

statt Mischungen aus Bohnen-Kaffee und Kaffee-Ersatz frisch gerösteten Bohnenkaffee und verwenden dazu

„Kornfranck“

in den bekannten grünen Paketen oder

„Hecht Franck“

mit der Kaffeemühle

Dabei sparen Sie,

können den Kaffee selbst wählen und eine Mischung nach ihrem eigenen Geschmack herstellen.

Ich suche für meinen Haushalt älteres, tüchtiges

Mädchen,

das etwas kochen kann. Lisel Adolff, Calw.

Prima franz.

Luzernkleehehen

hat abzugeben

M. Schmierle, 3 König.





**Geflügel- u. Kaninchenzüchter-
Berein Nagold.**

Der Verein hält am 28. Februar bis
1. März in der Turnhalle in Nagold eine

**Geflügel- und Kaninchen-Ausstellung
mit Prämierung**

ab, wozu Freunde und Gönner unserer Sache freundlich
eingeladen sind.

Der Ausschub.

Altensteig.

Konfirmandenhüte

empfehlen in großer Auswahl
zu billigsten Preisen

Karl Walz
Hut- und Mützengeschäft.

Altensteig.

Kolonialwaren
Lebensmittel als

Erbfen, Bohnen, Linsen, Reis, Grieß,
Gerste, Sago, Nudeln, Kiebele, Hörnle,
R.B.C. Spähle, Macaroni, Schweizer- und
Stangenkäse, Ia. Salatöl, Essig und Senf,
Kaffee gebrannt, ff. schwarzer Thee, Cacao,
Schokolade, Würfel-, Kristall- und Sand-
zucker etc.

werden stets in guten Qualitäten zu billigsten Preisen
geliefert von

Fritz Bühler jr.

Auf Fastnacht

ff. Hamburger Stadtschmalz, Cocosfett
in Tafeln, (Wipona und Wipol) ff. Mar-
garine (Schwan)

bestens empfohlen von Obigem.

Kernleder - Treibriemen

Ia Qualität, empfiehlt

Paul Jannasch, Altensteig.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Altensteig.

Einige dieses Jahr der Schule entlassene

Jungen

finden nach Ostern in verschiedenen Abteilungen mei-
ner Bestechfabrik Lehrstelle.

Anmeldungen sind alsbald erwünscht.

Otto Kaltbach,
Hohenbergstraße.

Schöne
Kleiderstoffe
billigst bei
Chr. Krauss

Angerjen
nächster Tage eintreffend per Str. Mk. 1.35 ab Waggon
gibt ab

M. Schnierle.
Altensteig.

Schuhwaren
— aller Art —
kauft man gut und billig im Laden
von
Fr. Kessler, Schuhgeschäft
beim Rathaus.

Nagold, Gasthaus z. Löwen

Sonntag, den 22. Februar, von nachm. 2 Uhr ab

öffentlicher **Fastnachtstanz**

Streichmusik der Jagdpelle Pimpello.

Kostüme erwünscht. Eintritt: Damen frei.

NB. Fastnachtdienstag, von 7 Uhr ab, allgemeiner
Kummel-Bummel mit Tanz.

Nagold.
Kommenden Montag von morgens 8 Uhr an haben
wir in unserer Stallung in Nagold eine große Auswahl
junge, trüchtige, gewöhnte

Kühe

und schöne hochtrüchtige
gewöhnte



Kalbinnen

zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Tauschliebhaber
einladen

**Friedrich Rahn
und Max Lassar.**

Altensteig.

Empfehle mein großes Lager in

Grabdenkmälern
aller Art
wie Buntstein, Jura- und Muschelkalk
weisser und roter Sandstein,
Granit- und Syenit
Grabsteineinfassungen und Spülgarnituren
sowie sonstige Arbeiten
aus Kunststeinen werden
billig und prompt ausgeführt
von
Fritz Merkle
Altensteig.

Guterhaltenes
Piano
zu vermieten, ev. zum Preis
von 490 Mk. zu verkaufen.
Ev. Tausch gegen neue
Möbel. Schriftliche Angebote
unter Nr. 42 an die Ge-
schäftsst. ds. Bl.

Ebhausen.
Einen ordentlichen
Jungen
nimmt aufs Frühjahr in die
Lehre mit Beköstigung
Ernst Spatthelf,
meh. Bau- und Möbelschr.
Kirchliche Nachrichten.
Sonntag Estomihi, 22. Febr.
vorm. 10 Uhr Predigt
über Matth. 20, 20-28
Vom Dienen.
Lied 437, 283.
Nachm. Kindergottesdienst.
Nachm. 1/2 Uhr Christen-
lehre mit den Söhnen.
Am Mittwoch abend 8 Uhr
Bibelstunde im Lutherfaal.

Methodistengemeinde.
Sonntag, 22. Februar
75 jähriges Jubiläum des
Methodismus in Deutsch-
land, vorm. 1/2 10 Uhr
Predigt, vorm. 11 Uhr
Sonntagsschule, nachm.
2 Uhr Vortrag über:
75 Jahre Methodismus
in Deutschland, abends
8 Uhr Lichtbildervortrag:
„Durchs Kirchenjahr und
Menschenleben von Rudolf
Schäfer.“
Mittwoch abends 8 Uhr Ge-
betversammlung.

Photo-Artikel

frisch eingetroffen
sämtliche Papiere,
Platten
und Chemikalien

Schwarzwald Drogerie
Fritz Schlumberger Altensteig
gegenüber dem „Grünen Baum“.